

RS OGH 1995/8/30 5Ob105/95, 5Ob2109/96z, 1Ob174/97p, 5Ob104/98z, 3Ob202/98x, 5Ob128/10z, 5Ob103/15f,

JUSLINE Entscheidung

⌚ Veröffentlicht am 30.08.1995

Norm

ABGB §364c B1

ABGB §364c B3

Rechtssatz

Mit dem in § 364c Satz 1 ABGB geregelten Belastungsverbot und Veräußerungsverbot kann grundsätzlich jeder Eigentümer zugunsten jedweder Person belastet werden. Es handelt sich dabei um ein obligatorisches Rechtsverhältnis, und zwar auch dann, wenn dem Verbot durch die (nur bei Vorliegen bestimmter Angehörigkeitsverhältnisse zulässige) grundbürgerliche Eintragung eine Drittirkung (ohne eigentliche Dinglichkeit) zukommt. Das Bestehen eines der in § 364c Satz 2 ABGB genannten Angehörigkeitsverhältnisse ist (hier: Ehegattenverhältnis) bloß Voraussetzung dafür, dass das schon bestehende obligatorische Recht in das Grundbuch eingetragen werden kann und sodann als Folge der Eintragung gewisse Drittirkungen entfaltet. (hier: Die Heiratsurkunde ist hier keine Urkunde aufgrund der die Eintragung eines Rechtes erfolgt, sondern bloß Voraussetzung dafür, dass ein schon bestehendes Rechtsverhältnis in das Grundbuch eingetragen werden darf).

Entscheidungstexte

- 5 Ob 105/95

Entscheidungstext OGH 30.08.1995 5 Ob 105/95

- 5 Ob 2109/96z

Entscheidungstext OGH 12.06.1996 5 Ob 2109/96z

Vgl auch; Beisatz: Die Eintragung eines vertraglichen Belastungs- und Veräußerungsverbotes kann daher nicht verweigert werden, wenn eine an sich zum Nachweis des Angehörigkeitsverhältnisses geeignete Standesurkunde nur in beglaubigter Abschrift statt im Original vorgelegt wird (hier: Fotokopie einer Geburtsurkunde). (T1)

- 1 Ob 174/97p

Entscheidungstext OGH 24.06.1997 1 Ob 174/97p

Vgl; nur: Es handelt sich dabei um ein obligatorisches Rechtsverhältnis, und zwar auch dann, wenn dem Verbot durch die (nur bei Vorliegen bestimmter Angehörigkeitsverhältnisse zulässige) grundbürgerliche Eintragung eine Drittirkung (ohne eigentliche Dinglichkeit) zukommt. (T2)

Beisatz: Bei einem grundbürgerlich eingetragenen Veräußerungs- und Belastungsverbot ist die

Eigentumsbeschränkung verdinglicht, das Recht des Verbotsberechtigten wird zu einem dinglichen Recht auf ein unbewegliches Gut. Der Ansicht, daß es sich beim Veräußerungs- und Belastungsverbot selbst dann um ein obligatorisches Rechtsverhältnis handle, wenn dem Verbot infolge dessen (nur bei bestimmten Angehörigkeitsverhältnissen zulässigen) grundbürgerlichen Eintragung Drittirkung "ohne eigentliche Dinglichkeit" zukomme, kann nur insoweit zugestimmt werden, als das durch die Vereinbarung begründete schuldrechtliche Rechtsverhältnis bestehen bleibt, auch wenn der (beabsichtigten) Verbücherung die Bestimmung des § 364c zweiter Satz ABGB entgegensteht. (T3)

- 5 Ob 104/98z

Entscheidungstext OGH 21.04.1998 5 Ob 104/98z

Vgl aber; Beisatz: Der Kreis der begünstigten Personen wird analog auf Stiefkinder des Grundeigentümers ausgedehnt. (T4)

Veröff: SZ 71/71

- 3 Ob 202/98x

Entscheidungstext OGH 20.10.1999 3 Ob 202/98x

Auch; Beisatz: Auch zwischen Personen, die - wie hier Geschwister - nicht im Angehörigkeitsverhältnis des § 364c ABGB stehen, kann an sich ein bloß schuldrechtlich wirksames Verbot begründet werden. (T5)

- 5 Ob 128/10z

Entscheidungstext OGH 16.11.2010 5 Ob 128/10z

Vgl; nur ähnlich T2; Beisatz: Die Verbücherung eines Belastungs- und Veräußerungsverbots verleiht dem Verbotsberechtigten eine absolute Rechtsposition gegenüber jedem Dritten, das Verbot ist aber kein dingliches Recht iSd § 308 ABGB, § 9 GBG. (T6)

- 5 Ob 103/15f

Entscheidungstext OGH 14.07.2015 5 Ob 103/15f

Vgl; Beis wie T6

- 5 Ob 30/22f

Entscheidungstext OGH 01.06.2022 5 Ob 30/22f

Beis nur wie T6

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1995:RS0062140

Im RIS seit

15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am

21.07.2022

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at